

Den demografischen Wandel gestalten

Jugendhilfe im ländlichen Raum in Ostdeutschland

CHARLOTTE BAMBERGER

Charlotte Bamberger studierte Soziale Arbeit am Zentrum für postgraduale Studien Sozialer Arbeit in Berlin und Ethnologie an der Ludwig-Maximilian-Universität in München. Derzeit hat sie die Leitung des Kooperationsprojekts »Demokratische Jugendhilfe im demografischen Wandel« von Bundesarbeitsgemeinschaft Ev. Jugendsozialarbeit und Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland.
www.bagejsa.de

Der demografische Wandel ist in den neuen Bundesländern besonders weit fortgeschritten. Hier muss die Jugendhilfe heute schon auf Umstände reagieren, die in den meisten Teilen Deutschlands noch Zukunftsprognosen sind.

Aufgrund der demografischen Entwicklung erproben viele lokale Träger in Ostdeutschland Strategien, die eventuell morgen auch in anderen Regionen Deutschlands hilfreich sein können. Denn der demografische Wandel bedeutet gerade in strukturschwachen Regionen nicht nur mehr Chancen für junge Menschen, sondern auch eine Vielzahl drohender Benachteiligungen. Dies zeigen erste Erkenntnisse aus dem Projekt »DEMO- Demokratische Jugendhilfe im demografischen Wandel«.

Demografische Entwicklungen und Prognosen, die zurzeit in der deutschen Politik diskutiert werden, sind in vielen ländlichen Regionen in Ostdeutschland bereits Realität. Die demografische Entwicklung zeigt sich in Deutschland aktuell in einer deutlichen Veränderung der Altersstruktur: Die Bevölkerung wird älter und nimmt gleichzeitig ab. Allerdings verläuft dieser Prozess nicht überall gleich, es gibt deutliche regionale Unterschiede. In den strukturschwachen, ländlichen Räumen in Ostdeutschland ist der Wandel besonders weit fortgeschritten.

Insgesamt lassen sich einige gemeinsame Aussagen für die neuen Bundesländer machen: Insbesondere Dörfer verlieren ihre junge, gut qualifizierte Bevölkerung, ganze Landstriche dünnen aus. Nur hier gibt es zum Beispiel Regionen, in denen der Anteil der Bevölkerung unter 19 Jahren in den letzten 20 Jahren von 22 Prozent auf 13 Prozent abnahm.

Die Abwanderung - es kann schon von Landflucht gesprochen werden - besonders von jungen qualifizierten Menschen ist am stärksten. Die seit Jahrzehnten niedrige Geburtenrate verschärft diese Abwanderungssituation noch mehr und die Migration aus dem Ausland konzentriert sich auf die urbanen Räume Deutschlands, im ländlichen Raum kommt davon kaum jemand an. Was zurück bleibt ist eine Bevölkerungsgruppe, deren jugendlicher Anteil aufgrund dieses Segregationsprozesses einen besonders hohen Jugendhilfebedarf hat. Dieser Bedarf trifft auf ein finanziell und personell instabiles Jugendhilfesystem.

Dass diese Situation nicht fix ist und hingenommen werden muss, versucht das Projekt »DEMO- Demokratische Jugendhilfe im demografischen Wandel« in seiner zweieinhalb jährigen Laufzeit zu zeigen. Drei Projektstandorte im strukturschwachen Raum in Sachsen-Anhalt, in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen arbeiten an Strategien, wie den demografischen Herausforderungen in ihrer Region Rechnung getragen werden kann. Durch diese lokal erprobten Strategien konnten Erkenntnisse gesammelt werden, worauf es in diesen Regionen besonders ankommt.

Das Ziel aller Jugendhilfemaßnahmen sind die Schaffung gleichberechtigter Lebensverhältnisse für alle jungen Menschen und das Vorbeugen der Entstehung (sozial) unversorgter Räume. Denn unversorgte Räume führen zu Bedarfslü-

cken und diese wiederum häufig dazu, dass diese Lücken von nicht-demokratischen Organisationen gefüllt werden. Es darf also gar nicht erst so weit kommen, dass solche Lücken entstehen!

Deshalb ist es eine Priorität, für die Jugendlichen eine Perspektive vor Ort zu schaffen. Die ländlichen Regionen dürfen nicht ausbluten, beziehungsweise soweit abgehängt werden, dass junge Menschen sich von undemokratischen (Unterstützungs-) Angeboten angesprochen fühlen, weil dies die einzigen Angebote vor Ort sind. Das gelingt mit einer intensiven Beziehungsarbeit mit ihnen und einer aufrichtigen Aufmerksamkeit. Beispielhaft hat einer der Projektstandorte zu Beginn eine Analyse durchgeführt, was für eine Art von Angebot vor Ort am dringendsten fehlt. Das Ergebnis war, dass es in der ganzen Region kein Unterstützungsangebot für junge, alleinerziehende Eltern gibt. Das könnte ein Aspekt sein, der Menschen zum Wegzug oder zum Bleiben bewegen.

Außerdem wurde im Laufe des Projekts deutlich, dass Mobilität von besonderer Relevanz ist. Benachteiligte Jugendliche sind häufig die am wenigsten mobile Bevölkerungsgruppe. Daher muss die Jugendhilfe selber flexibler und mobiler werden und Jugendlichen dort ihre Angebote anbieten, wo diese sich tatsächlich aufhalten. Das bedeutet: mobile Angebot im Sinne von ländlicher Streetwork und die Kooperation mit Schulstandorten oder anderen Vereinen und sozialen Trägern, um Synergieeffekte zu erzielen. Abhol- und Bringdienste führen im ländlichen Raum zu einer besseren Erreichbarkeit und Partizipation von Jugendlichen.

»Die Landflucht ist bei jungen qualifizierten Menschen sehr ausgeprägt«

Eine weitere Erfahrung, die die Projektstandorte in den neuen Bundesländern gemacht haben, ist die Notwendigkeit, flexibel und vernetzt zu denken. Weg von den Paragraphenschubladen, bei denen immer erst eine Benachteiligung nachgewiesen werden muss, um eine Förderung zu erhalten, hin zu einem ganzheitlichen Ansatz.

Das Ziel ist die optimale Unterstützung von Jugendlichen durch die Kom-

Projekt gegen Abwanderung junger Menschen

Demokratische Jugendhilfe
im Demografischen Wandel



Das Projekt »DEMO - Demokratische Jugendhilfe im demografischen Wandel« ist eine Kooperation der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e. V. (aej) und der Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSa). Es trägt der Tatsache Rechnung, dass der Anteil

Jugendlicher in Ostdeutschland seit 1991 um mehr als zehn Prozent zurückgegangen ist und dort langfristig ein erheblicher Bevölkerungsrückgang einhergehend mit Alterungsprozessen aufgrund von Abwanderungen insbesondere junger Menschen erwartet wird. Die Folge ist schon jetzt ein massiver Abbau der Infrastruktur für Jugendliche und die Zunahme von Regionen, in denen Jugendliche wegen steigender Ausgabenkürzungen in der Jugendhilfe nicht mehr erreicht werden. Dies führt zur Zunahme prekärer Lebenslagen von jungen Menschen in Ostdeutschland.

www.evangelische-jugend.de/projektdemo

bination von Angeboten des SGB II und des SGB VIII. Das heißt: Schnittstellen herstellen, engere Zusammenarbeit von lokalen Jobcentern und der Jugendhilfe (hier auch die Kooperation von Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit), Vernetzung, um so für jeden jungen Menschen, auch in den scheinbar entlegensten Ecken in Deutschland, ein erreichbares Angebot vorhalten zu können.

Deswegen gehört zu der täglichen Arbeit der Projekte eine intensive Gremienarbeit. Sie beteiligen sich an regionalen Netzwerken, laden aber auch selber lokale Akteure immer wieder ein, sich zu vernetzen. So hält ein Träger zum Beispiel intensiven Kontakt mit dem Jobcenter, aber auch mit den lokalen Kirchengemeinden.

In der politischen Zusammenarbeit müssen die lokalen Träger konstruktiv auf die Kommunen und Gemeinden zuzugehen. Dadurch entstehen ein gemeinsames Ziel und eine gemeinsame

kann so kein professionelles Angebot ersetzt werden, aber gerade im Bereich der Kulturpädagogik kann dadurch ein Angebot gesichert und erweitert werden.

»Die Kinder- und Jugendhilfe wird zukünftig vor der Aufgabe stehen, ihre Angebote quantitativ an der Bevölkerungsentwicklung zu orientieren und gleichzeitig konzeptionell auf Veränderungen ihrer Zielgruppe zu reagieren.« Das stellt auch die Bundesregierung in ihrem Demografiebericht fest (BMI 2011, Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und zukünftigen Entwicklung des Landes. S. 64).

Demografische Veränderungen bergen Chancen und Risiken. Wichtig ist, dass die Weichen jetzt gestellt und Veränderungen noch angestoßen werden können. Viele junge Menschen in Deutschland werden von den Entwicklungen der nächsten Jahrzehnte profitieren und schneller in eine Ausbildung oder in eine Arbeitsstelle vermittelt werden können.

Gleichzeitig aber laufen zu viele andere Jugendliche im ländlichen Raum Gefahr, in Zukunft nicht nur geografisch benachteiligt zu werden. Es bedarf einer Mischung aus neuen Konzepten und Strategien mit einer jeweils lokal angepassten Note.

Des Weiteren bedarf es Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen, die sich nicht von Sparzwängen und den starren politischen Strukturen vor Ort entmutigen lassen, sondern sich ihrer anspruchsvollen Rolle als politische Akteure bewusst sind. Sie sind es die auf die Situation vor Ort aufmerksam machen können und durch politische Lobbyarbeit für die Jugendliche etwas in Bewegung setzen können. ■